

Neue Zürcher Zeitung

und schweizerisches Handelsblatt

Briefadresse von Redaktion, Verlag und Druckerei:
Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11, Telefax 252 13 29
Anzeigenabteilung: Postfach 215, CH-8021 Zürich, Telefax 258 16 77
Inlandabonnemente: Telefon (01) 258 15 30, Telefax 258 18 39
Auslandabonnemente: Telefon (01) 258 11 11, Telefax 258 18 39
Abosumentenpreise und weitere Angaben Seite 4 (Impressum)

Schweiz
Fr. 1.50
bFr. 60.— Lit. 2200.— sKr. 12.—
dKr. 12.— fFr. 45.— Frs. 200.—
DM 2.50 Mt. 3.25 Kan. locale
fFr. 10.— nKr. 13.— Frs. 225.—
Dr. 260.— öS 20.— Lf. 6000.—
Z. 90.— Esc. 240.— Fl. 90.—

Der Zürcher Zeitung 212. Jahrgang

Kompromiss im slowenischen Grenzkonflikt Erfolgreicher Abschluss der EG-Vermittlungsmission

Die Vertreter der slowenischen, kroatischen und serbischen Führung, des Staatspräsidiums sowie der Bundesregierung haben sich in der Nacht auf den Montag nach sechszehntägigen zähen Verhandlungen auf der Insel Brioni auf einen von der EG vorgelegten Kompromissvorschlag geeinigt. In einer gemeinsamen Deklaration wird festgehalten, dass vorläufig die slowenische Polizei die Kontrolle über die Grenzübergänge, im Einklang mit den Bundesvorschriften, übernimmt. Auch verpflichteten sich die Konfliktparteien darauf, bis zum 1. August Verhandlungen über die politische Neuordnung Jugoslawiens aufzunehmen.

C. Sr. Zagreb, 8. Juli

Die dritte EG-Vermittlungsmission in Jugoslawien scheint erfolgreicher als die beiden früheren zu Ende gegangen zu sein. Die Vertreter der slowenischen, kroatischen und serbischen Führung, des Staatspräsidiums sowie der Bundesregierung haben sich in der Nacht auf den Montag auf der Adria-Insel Brioni nach überaus schwierigen Verhandlungen auf einen von den Abgesandten der EG – den Ausserministern Luxemburgs, Poos, der Niederlande, Van den Broek, sowie Portugals, Pinheiro – vorgelegten Kompromissvorschlag zur Beendigung der Feindseligkeiten in Slowenien geeinigt.

Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen

Der Kompromiss muss allerdings noch vom slowenischen Parlament, vom Staatspräsidium und auch von der Bundesregierung gutgeheissen werden. In einer gemeinsamen Deklaration, die von allen angenommen wurde und die als Ausgangspunkt für eine friedliche Beilegung der Probleme dienen soll, wird festgehalten, dass die jugoslawischen Völker über ihre Zukunft allein entscheiden müssten. Die Konfliktparteien verpflichteten sich, bis spätestens zum 1. August dieses Jahres die Verhandlungen über eine politische Neuordnung des Landes wieder aufzunehmen. Die bisherigen Gespräche waren allerdings im Sande verlaufen, was angesichts der völlig unterschiedlichen Konzeptionen auch nicht verwunderlich ist. Weiter wurde laut Angaben von Radio Zagreb vereinbart, dass die Armee politisch vom Staatspräsidium kontrolliert werden müsse. Alle Beteiligten sollen zudem auf einseitige Akte verzichten. Bereits vor einer Woche hatten sich Slowenien und Kroatien bereit erklärt, in den nächsten drei Monaten keine weiteren Schritte mehr im Prozess der Loslösung von Jugoslawien zu unternehmen.

In der umstrittenen Grenzfrage einigte man sich laut Angaben von Radio Zagreb grundsätzlich darauf, dass vorläufig die slowenische Polizei die Grenzen kontrolliert, allerdings in Einklang mit den Bundesvorschriften. Dies bedeutet wohl, dass die slowenischen Fahnen wieder eingezogen und durch die jugoslawischen ersetzt werden müssen. Die Zolleinnahmen, mit denen das Bundesbudget gespeist wird, sind an ein Bundes-



konto zu überweisen, wobei dieses offenbar vom slowenischen und jugoslawischen Finanzminister kontrolliert werden soll. Die genauen Modalitäten sind jedoch nicht geregelt worden. Zu Beginn des Jahres hatte das slowenische Parlament beschlossen, die Einnahmen aus den Zöllen in Slowenien zu behalten und – zur Gewährleistung eines minimalen Funktionierens der Bundesorgane und der Armee – künftig nur noch von der slowenischen Führung selbst festgesetzte Beträge für ganz bestimmte Zwecke nach Belgrad zu überweisen. Was die Sicherheit der Grenzen betrifft, so muss der Zustand von vor dem 25. Juni wiederhergestellt werden. Das heisst wohl, dass die Kontrolle über die grüne Grenze, das heisst über die Regionen zwischen den Grenzübergängen, wieder der jugoslawischen Armee und der Bundespolizei übertragen wird.

Rückzug in die Kasernen

Die Überwachung des jugoslawischen und des internationalen Luftraums unterliege, so heisst es in der Deklaration, den zuständigen Bundesorganen. Weiter werden die Deblockierung aller Einrichtungen der Bundesarmee, die Beseitigung der noch bestehenden Barrikaden, die Rückgabe der erbeuteten Waffen und Ausrüstung, die Freilassung der noch festgehaltenen Gefangenen, die Demobilisierung der Angehörigen der slowenischen Territorialverteidigung sowie der bedingungslose Rückzug der Einheiten der Bundesarmee in ihre Kasernen gefordert. Ob dies auch für Kroatien gilt, ist nicht ganz klar. Der Ausserminister der Niederlande, Hans Van den Broek, gab laut Angaben von Radio Zagreb bekannt, dass so schnell wie möglich dreissig bis fünfzig zivile und militärische Beobachter zur Überwachung des Waffenstillstandes nach Jugoslawien entsandt würden.

Van den Broek bezeichnete nach Abschluss der Verhandlungen die Annahme des Kompromissvorschlages als einen wichtigen Schritt zur friedlichen Beilegung der Probleme. Auch der Vorsitzende des Staatspräsidiums, Stipe Mesić, äusserte sich in einer ersten Stellungnahme sehr optimistisch. Ab heute beginnt der Friede, meinte er. Vieles wird nun allerdings davon abhängen, wie die vereinbarten Grundsätze verwirklicht werden und ob es diesmal gelingt, bei den Gesprächen über eine politische Neuordnung des Landes Fortschritte zu erzielen. Ob die Zeit bis zum Ablauf des mit der EG vereinbarten Moratoriums, also bis am 1. Oktober, dazu genügen wird, ist allerdings in Anbetracht der bisherigen Erfahrungen höchst ungewiss. Auch gilt es abzuwarten, wie sich die Führung der Belgrader Streitkräfte verhalten wird. Mesić drückte einmal mehr seine Überzeugung aus, dass die Armee künftig in den Kasernen bleiben werde. Auch habe deren Führung in der Vergangenheit immer wieder betont, sie werde entsprechend den Beschlüssen des Prä-

Bushs Anlauf zur Start-Beschleunigung Umgehende Antwort Gorbatschews

R. M. Washington, 8. Juli

Der sowjetische Ausserminister Bessmertnych trifft – wie bereits kurz gemeldet – in dieser Woche an der Spitze einer hochrangigen Delegation zur Fortsetzung der Start-Verhandlungen über die Reduktion nuklearer Interkontinentalwaffen in Washington ein. Einen entsprechenden Vorschlag hatte Präsident Bush am Wochenende dem sowjetischen Staatschef Gorbatschew in einer Botschaft übermittelt. Bush regte verstärkte Anstrengungen zur Lösung der noch bestehenden Probleme beim Start-Vertrag an, nachdem die letzte Verhandlungsrunde in Genf keine befriedigenden Ergebnisse erbracht hatte.

Einbeziehung der sowjetischen Militärführung

Gorbatschew ging in seiner Antwort, die der sowjetische Botschafter Komplexow noch am Sonntagabend dem Sicherheitsberater Scowcroft übermittelte, auf Bushs Anregung sofort ein. Der Sprecher des Weissen Hauses, Fitzwater, teilte am Montag mit, dass der sowjetische Ausserminister Bessmertnych am Donnerstag und Freitag mit Staatssekretär Baker über die noch zu bereinigenden Start-Differenzen konferieren werde. Bessmertnych wird vom sowjetischen Generalstabschefs Moissejew und vom stellvertretenden Aus-

senminister Obuchow, der zuletzt die sowjetische Verhandlungsdelegation in Genf führte, begleitet.

Moissejews Präsenz bei den Gesprächen signalisiert offenbar den Willen (oder den Zwang) Gorbatschews, die sowjetische Militärführung unmittelbar in eine mögliche Vertragsvereinbarung einzubeziehen. Präsident Bush hatte in seinen jüngsten Bemerkungen zu diesem Thema zu verstehen gegeben, dass die sowjetischen Unterhändler in Genf über zu geringen Entscheidungsspielraum verfügten. Gorbatschew hatte Moissejew bereits im Mai zu Verhandlungen über ernsthafte Differenzen bei der Erfüllung des Abkommens zur konventionellen Abrüstung in Europa nach Washington entsandt. Kurz danach konnte das Problem zwischen Baker und Bessmertnych in Lissabon abgehandelt werden.

Ein Gipfel noch im Juli?

In Washington ist immer noch von der Möglichkeit eines separaten «Abrüstungsgipfels» zwischen Bush und Gorbatschew im Juli die Rede, falls der Start-Vertrag bis zu diesem Termin unterschrittsreif sein sollte. Bush selber betonte am Sonntag auf eine entsprechende Journalistenfrage, es sei noch genügend Zeit vorhanden, um die hängigen Start-Probleme bis zum Monatsende zu lösen. Unabhängig von der Eventualität eines baldigen sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsgipfels werden die beiden Präsidenten am 17. Juli in London am Rande des Weltwirtschaftstreffens zu einem ausführlicheren Gespräch zusammenkommen.

sidiens handeln, was sie bisher – so Mesić – auch getan habe. Allerdings gilt es auch zu bedenken, dass der serbische Block im höchsten Staatsorgan gegenwärtig mit vier zu drei Stimmen ein Übergewicht hat.

Annahme in Belgrad

Belgrad, 8. Juli. (ap) Die Bundesregierung in Belgrad hat den von der EG vermittelten Friedensplan für Jugoslawien akzeptiert. Die Nachrichtenagentur Tanjug meldete, das Kabinet habe alle Teile des in der Nacht zum Montag auf der Adria-Insel Brioni ausgehandelten Kompromisses angenommen.

Slowenien lässt alle Gefangenen frei

Belgrad, 8. Juli. (Reuter) Slowenien hat jetzt alle gefangenen Soldaten der jugoslawischen Bundesarmee freigelassen. Wie das Oberkommando in Belgrad mitteilte, wurden die letzten Gefangenen am Montag morgen entlassen. Bei den Kämpfen zwischen den slowenischen Streitkräften und der Bundesarmee waren 2607 jugoslawische Soldaten gefangen genommen worden. Der jugoslawische Verteidigungsminister Veljko Kadijevic hatte am Sonntag unabhängig von der

Staatsführung mit dem Eingreifen der Armee gedroht, wenn die Gefangenen von den Slowenen nicht freigelassen würden.

Kroatische Zweifel am Abrücken der Armee

Zagreb, 8. Juli. (Reuter) Der kroatische Verteidigungsminister Djodan hat öffentlich bezweifelt, dass sich die jugoslawische Bundesarmee aus den Unruhegebieten in Kroatien in ihre Kasernen zurückziehen wird. Die durch Vermittlung der Europäischen Gemeinschaft getroffene Vereinbarung sieht den Abzug aller Streitkräfte bis Montag Mittag vor. Vor der Presse sagte Djodan am Montag in Zagreb, die Armeeführung lehne alle Vereinbarungen ab. Die Armee hatte am Wochenende in dem kroatischen Ort Tenja Posten bezogen, nachdem es dort zu Gefechten zwischen bewaffneten Serben und kroatischer Polizei gekommen war.

Der Verteidigungsminister bezeichnete die Situation als nach wie vor sehr ernst. Wenn die Kämpfe anhielten, brauche Jugoslawien Hilfe von aussen und von den Vereinten Nationen, um die streitenden Parteien auseinanderzuhalten und einen Krieg zu verhindern. (Siehe auch Seite 2)

Expertentreffen der «fünf Grossen» in Paris

Ein Anlauf zur Kontrolle der Waffenexporte

In Paris hat am Montag ein zweitägiges Treffen von Experten der fünf ständigen Mitglieder des Uno-Sicherheitsrates begonnen. Nach dem Golfkrieg sollen für den Nahen Osten, aber auch global international verbindliche Regeln für den Waffenexport aufgestellt werden.

Mr. Paris, 8. Juli

Die Idee dieser ersten Konferenz über Waffenexporte, der weitere folgen sollen, geht auf die amerikanischen Empfehlungen vom 29. Mai zu «Zurückhaltung» im Waffengeschäft mit der explosiven Nahostregion und auf den erweiterten französischen Plan vom 3. Juni zu einer globalen Kontrolle der Waffenexporte zurück. Die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates – die USA, die Sowjetunion, China, Frankreich und Grossbritannien – sind zugleich auch die grössten Waffenexporteure, die allein im Nahen Osten gegen 90 Prozent des Handels abgedeckt haben. Die international wichtigsten Exporteure sind die Sowjetunion und die USA, weit zurück folgt an dritter Stelle Frankreich.

Zweifel an China

Die Sowjetunion hat ein bisher noch nicht überzeugendes, aber grosses Konversionsprogramm ihrer Rüstungsindustrie eingeleitet, hat aber, wie China, noch nicht durchblicken lassen, ob sie einschränkende Regeln akzeptieren werde. Die USA kritisieren zurzeit aber vor allem Peking, das ballistische Raketen an Pakistan geliefert hat und möglicherweise solche auch an Syrien liefern könnte. Ferner scheint China unbedenklich auch seine Nukleartechnologie Drittweltländern anzu-

bieten. Es ist nunmehr die einzige Atomgrossmacht, die dem Nichtverbreitungsvertrag von 1968 nicht beigetreten ist (die französische Unterschrift wurde mit dem Plan vom 3. Juni zur Waffenexportkontrolle angekündigt).

Die stellvertretenden Ausserminister und politischen Direktoren, welche die fünf Staaten in Paris vertreten, diskutieren über einen künftigen Kodex für Waffenexporte. Dabei geht es vor allem darum, dass in Krisenregionen keine neuen oder grösseren destabilisierenden Ungleichgewichte geschaffen werden und dass der Waffenexport auf nationaler und internationaler Ebene wirksam kontrolliert wird. Dazu könnten auch eine Pflicht zur Ankündigung von Exporten, ein Informationsaustausch und ein Konsultationsmechanismus beitragen. Nach einem britischen Vorschlag soll die Uno bald einmal ein Register über die Waffenexporte führen. Die Frage der Waffenexporte wird in einer Woche auch auf dem Wirtschaftsgipfel in London erörtert, an dem China und die Sowjetunion aber nicht teilnehmen, so dass allfällige Empfehlungen weniger repräsentativ wären.

Die atomaren, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen sind, wie der Golfkrieg gezeigt hat, weiterhin eine permanente Drohung, vor allem wenn Kurz- und Mittelstrecken-

Tagesinformation

Kohl als Försprecher Gorbatschew

Vor dem G-7-Treffen hat Bundeskanzler Kohl erneut seine Unterstützung für sowjetische Hilfswünsche bekundet. Seite 3

Jacobis Mission in Afghanistan und Pakistan

Staatssekretär Jacobi informierte am Montag über seine Mission in Afghanistan und Pakistan, die Erkundungen über Friedensmöglichkeiten galt. Ein Friedensdialog – für den die Schweiz ihre Guten Dienste anbietet – könnte seiner Meinung nach noch in diesem Jahr in Gang kommen. Seite 17

EG-Konvergenzprogramme in Richtung Währungsunion

In Brüssel sind am Montag die Wirtschafts- und Finanzminister der EG-Staaten mit der Kommission zusammengetreten, um eine Beurteilung der Konvergenz auf wirtschaftlichem Gebiet vorzunehmen. Die Mitgliedsländer sollen fortan regelmässig über ihre Anpassungsprogramme und Entwicklungen auf dem Weg zu einer Wirtschafts- und Währungsunion berichten, wobei man sich von diesem Vorgehen eine disziplinierende Wirkung auf die einzelnen Staaten erhofft. Seite 31

Ankauf des Baseltz-Gemäldes

Der Zürcher Kantonsrat hat beschlossen, dem Kunsthhaus für den Kauf eines Gemäldes des Malers Baseltz aus dem Fonds für gemeinnützige Zwecke einen Betrag von 1,4 Millionen Franken zur Verfügung zu stellen. Seite 47

Jakob Hlasek in Gstaad bereits geschickert

Am Tennis-Swiss-Open in Gstaad ist Jakob Hlasek bereits in der ersten Runde ausgeschieden. Der Zürcher scheiterte am Österreicher Horst Skoff in zwei Sätzen, während sich Claudio Mezzadri gegen Omar Camporese behauptete. Seite 53

Inhaltsübersicht	Umfang	60 Seiten
Ausland	1-5	Wirtschaft 31-37
Wetter und Vernichtes	7, 9	Börsen 41-46
Monatswetterübersicht	11	Stadt und Kanton Zürich 47-52
Inland	17-19	Sport 53/54
Faullisten	21	
Roman	22	Beilage:
Radio und TV	29/30	Automobil 55

Anzeigen-Überblick

Seite 2